



## **Gemeinsames Umsetzungskonzept für die Open Government Partnership Deutschland für die Zeit nach der Bundestagswahl 2013/14**

**Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland  
STAND: 30.09.2013**

Die Open Government Partnership (OGP)<sup>1</sup> ist eine internationale multilaterale Initiative, an der sich Staaten auf freiwilliger Basis beteiligen können. Die OGP folgt dabei dem Multistakeholder-Ansatz, bei dem Regierung und Zivilgesellschaft eines jeden Staates gleichermaßen beteiligt sind. Dem Prinzip der Kooperation folgend und dem Dialog auf Augenhöhe verpflichtet, setzt sich der internationale Lenkungskreis der OGP (Steering Committee) paritätisch aus Vertretern aus Regierung und Zivilgesellschaft zusammen.

Die Open Government Partnership hat sich die weltweite Verbesserung der Regierungsarbeit (Good Governance) zum Ziel gesetzt. Dies spiegelt sich im Wunsch der Bürger nach rechenschaftspflichtigen Regierungen wider, die transparenter und effektiver arbeiten, und nach Institutionen, die den Einzelnen stärker einbinden und so auf die Anliegen der Bevölkerung eingehen.

Gegründet wurde die OGP 2011 von Vertretern aus Regierung und Zivilgesellschaft aus den USA, Brasilien, Großbritannien, Indonesien, Mexiko, Norwegen, Philippinen und Südafrika. 60 weitere Staaten<sup>2</sup> haben sich bis 2013 dieser Partnerschaft angeschlossen. Inhaltliche Schwerpunkte sind Transparenz, Rechenschaftslegung, Bürgerbeteiligung und Korruptionsbekämpfung.

Die teilnehmenden Staaten bekennen sich zu den Zielen eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns, die sie mit geeigneten Maßnahmen in ihren Ländern erreichen wollen. Mit der Teilnahme an der OGP verpflichten sich Regierungen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und anderer Interessensvertretungen (Verbände, Wirtschaft) dazu, jedes Jahr einen nationalen Handlungsplan (National Action Plan) auszuarbeiten und umzusetzen. Die Umsetzung des Handlungsplanes und die Erreichung der darin formulierten Ziele werden von den eingebundenen Interessensvertretern, insbesondere den zivilgesellschaftlichen Gruppen überprüft. Zusätzlich hat die OGP

---

<sup>1</sup> <http://www.opengovpartnership.org>

<sup>2</sup> <http://www.opengovpartnership.org/countries>

mit einem unabhängigen Überprüfungsmechanismus eine externe unabhängige Begutachtung der Umsetzung eingeführt.

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt derzeit nicht an der Open Government Partnership teil. Dies entlastet zwar kurzfristig den Bundeshaushalt, weil keine zusätzlichen Verpflichtungen erfüllt werden müssen. Langfristig wäre eine Nichtteilnahme aber mit Mehrkosten verbunden. So würde Deutschland darauf verzichten, vom Wissen, von den Innovationen und von den wertvollen Erfahrungen anderer Staaten zu profitieren und diese an Ministerien, Länder und Kommunen weiterzugeben. Dies betrifft sowohl Impulse für eigene Open Government Vorhaben, aber auch Erkenntnisse zur Vermeidung von bereits in anderen Ländern erkannten Fehlern und unzureichenden Umsetzungen.

In diesem vorliegenden Grundsatzpapier hat der Arbeitskreis für einen Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership<sup>3</sup> den Rahmen festgehalten, in dem in der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine Teilnahme der Bundesrepublik realisiert werden könnte. Der Arbeitskreis Open Government Deutschland ist ein offener Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen und interessierten Einzelpersonen. Mit dieser Veröffentlichung aus der Zivilgesellschaft heraus wird die bestehende Forderung erneuert, dass sich die Bundesrepublik Deutschland an der internationalen Open Government Partnership aktiv beteiligen soll und ambitionierte Maßnahmen umsetzt, um Transparenz, Rechenschaftslegung, Bürgerbeteiligung und Korruptionsbekämpfung nachhaltig in Deutschland zu stärken.

#### Unsere Vision: Ein Engagement Deutschlands in der Open Government Partnership:

Deutschland tritt der Open Government Partnership als aktives Mitglied bei und trägt mit eigenen Erfahrungen und Impulsen zur Weiterentwicklung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns bei. Zugleich profitiert Deutschland vom gegenseitigen Austausch mit den Vertretern von Regierung, Verwaltung und Zivilgesellschaft anderer Staaten. In einem offenen Prozess entwickeln alle eingebundenen Interessensvertreter gemeinsam jährlich einen ambitionierten nationalen Handlungsplan, um Transparenz, Rechenschaftslegung, Bürgerbeteiligung und Korruptionsbekämpfung nachhaltig in Deutschland zu stärken. Die Erreichung der in den nationalen Handlungsplänen gesetzten Ziele werden von allen beteiligten Interessensvertretern überwacht und evaluiert. Dieser Prozess ist offen und inklusiv sowie agil und iterativ: Jeder Phase der Planung folgt eine Phase der Umsetzung und dann eine Phase der Evaluation. Die Ergebnisse der Evaluation werden in einer Konsultation mit allen Interessensvertretern diskutiert und entsprechende Anpassungen an Planung und Umsetzung gemeinsam beschlossen. Der gesamte Prozess wird transparent online dokumentiert.

---

<sup>3</sup> <http://opengovpartnership.de>

### Ziele eines Engagements in der Open Government Partnership (OGP):

- Offizieller Beitritt der Bundesrepublik Deutschland an der OGP
- Offener und integrativer Prozess aller Interessensvertreter, zur Erarbeitung, Umsetzung und Evaluation nationaler Handlungspläne zur Stärkung von Transparenz, Rechenschaftslegung, Bürgerbeteiligung und Korruptionsbekämpfung in Deutschland
- Organisatorische Einrichtung einer "OGP Deutschland" (mit einem Lenkungsausschuss aus Vertretern aller Interessen) als Ansprechpartner und Koordinator sowie als Organisation der Selbstverwaltung aller beteiligten Akteure aus Staat (Politik und Verwaltung), Zivilgesellschaft und Wirtschaft
- Klare Aufgabenbestimmung
  - Vorbereitung einer Teilnahme an der Open Government Partnership
  - Beitritt und aktive Teilnahme an der Open Government Partnership
  - Jährliche/Zweijährliche Erarbeitung eines nationalen Handlungsplans, um Umsetzungsziele für Bund, Länder und Kommunen vorzugeben
  - Begleitung und Unterstützung der beteiligten Akteure bei der Umsetzung
  - Evaluierung der Umsetzung des nationalen Handlungsplans, um aus den Erfahrungen der Umsetzung zu lernen und zu profitieren, beziehungsweise bei Planung und Umsetzung zeitnah nachsteuern zu können
- Klares Verständnis eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns
- Klare Vermittlung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns über nachvollziehbare bildliche Anwendungsbeispiele: Warum lohnt es sich?!

### Konkrete Maßnahmen im Falle eines Engagements Deutschlands in der OGP:

- Schaffung der Rahmenbedingungen für einen Beitritt zur OGP, wie dies in **Appendix 1** ausgeführt wird
- Abarbeitung des Handlungsleitfadens für eine OGP-Teilnahme Deutschlands einschließlich einer Zusammenstellung der zu erwartenden Arbeitsergebnisse, wie dies in **Appendix 2** zusammengetragen wird
- Klärung von Finanzierung und Aufbau des Projektbüros, wie dies in **Appendix 3** skizziert wird
- Initiale Erarbeitung der Maßnahmen für einen Beitritt Deutschlands, wie dies in **Appendix 4** für den Zeitraum bis Ende 2013 angedacht worden ist
- Offizieller Beitritt Deutschlands zur OGP im Jahre 2014

## Appendix 1: Rahmenbedingungen

### Rahmenbedingungen für eine Umsetzungsstrategie zur OGP-Teilnahme Deutschlands:

- Effizienzvorgabe: Administrativen Aufwand so gering wie möglich halten
  - Eigenständige Personalmittel
  - Eigenständige Finanzmittel
    - Projektmittel für eigene Vorhaben
    - Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige (wünschenswert)
  - Organisation in Einklang mit Bund-Länder-Strukturen bringen und Parallelstrukturen nach Möglichkeit vermeiden
    - Anbindung an den IT-Planungsrat
    - Einbindung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Open Government"
    - Einbindung und Ergänzung in den G8 Open Data Charter Prozess zur Erzielung von Synergieeffekten
    - Austausch mit der künftigen Enquete-Kommission "Demokratie" oder ähnliche in der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (soweit eine solche Kommission eingerichtet wird)
    - Austausch mit dem künftigen Hauptausschuss zu Demokratie, Engagement und Partizipation im Internet in der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages
  - Sicherstellung eines langfristigen, permanenten Engagements der Akteure mit Anwesenheit der gewählten/entsandten Teilnehmer
  - Möglichst wenig zusätzlichen Overhead
  - So wenig Formalismus wie möglich
  - Organisationsberatung (verwaltungsintern durch Bundesverwaltungsamt): Fachexpertise erforderlich zur Bestimmung einer optimalen Organisationsform
  - Enge schlanke Anbindung an zivilgesellschaftliche Initiativen
  
- Selbstverständnis (in Leitlinien festhalten)
  - Vision, Ziele und Aufgaben
  - Grundprinzipien der Zusammenarbeit
  - Einmalige und dauerhafte Ausgaben
  - Interne Organisationsstruktur:
    - Projektbüro, Lenkungsausschuss, Facharbeitsgruppen
    - Governancessstruktur, Prozesse, Arbeitsergebnisse
  - Finanzierungsgrundsätze (in gemeinsamer Charta festhalten)

- Grundprinzipien der Zusammenarbeit
  - Transparenz
    - Wir wollen in unserer Zusammenarbeit offen und transparent nach innen und außen agieren
    - Offenlegung von Selbstverständnis, Governancestruktur, Beteiligte, Partner, Prozesse, Arbeitsergebnisse und Finanzen
    - Informationen klar strukturieren und leicht auffindbar im Internet machen
    - Nur wer transparent agiert, kann glaubwürdig Transparenz einfordern!
  - Gleichberechtigung
    - Alle Partner haben das gleiche Gewicht – unabhängig von eingebrachten personellen oder finanziellen Ressourcen
  - Kompetenzorientierung
    - Partner bringen ihre Expertise in dazu passenden Themenfeldern ein
    - Partner sprechen im Rahmen ihrer Expertise
    - Partner eines Kompetenzfeldes stimmen sich ab

## **Appendix 2: Handlungsleitfaden, Organisationsform und Arbeitsergebnisse**

### Handlungsleitfaden für eine OGP-Teilnahme Deutschlands

Für eine Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der Open Government Partnership sind einmalige Aktivitäten zu Beginn und dauerhafte Aufgaben im jährlich Turnus zu erledigen, die von einer koordinierenden Stelle zu orchestrieren wären.

- **Einmalige Aufgaben**
  - Schritt 0 - Bereits laufende Vorarbeiten
    - Lobbyarbeit für eine deutsche Beteiligung an der OGP  
Zielgruppen: Bundesverwaltung - BK, BMI, AA, BMZ, BMJ, BMF  
Zielgruppen: Länder und Kommunen - IT-Planungsrat  
Zielgruppen: 18. Deutscher Bundestag mit seinen Fraktionen & MdB  
Zielgruppen: Parteien und parteinahe Stiftungen  
Zielgruppen: Wirtschaft, Verbände, Presse und Bürger
  - Schritt 1 (einmalig)
    - Erfüllung der Mindestanforderungen für OGP Beitritt
    - Zustimmung zu den fünf allgemeinen Anforderungen
  - Schritt 2 (einmalig)
    - Mitteilung der Beitrittsabsicht der Regierung an den OGP Lenkungsausschuss
    - Veröffentlichung der Beitrittsabsicht auf OGP Portal
    - Begleitende Öffentlichkeitsarbeit
  - Schritt 3 (einmalig)
    - Umfassender, öffentlicher Konsultationsprozess zur Vorbereitung der OGP Verpflichtungen der Regierung
    - Benennung eines Forums (Einrichtung "OGP Deutschland") für regelmäßige öffentliche Konsultationen zur Umsetzung von Open Government mit allen Akteuren

- Dauerhafte Aufgaben
  - Schritt 4 (dauerhaft, jährlich oder zweijährlich)
    - Agenda Setting  
Beiträge der eingebundenen Akteure bestimmen die Ausrichtung des nationalen Handlungsplans und der jährlichen Schwerpunkte
    - Gemeinsame Erarbeitung eines nationalen Handlungsplans (Aktionsplan) mit konkreten Verpflichtungen für mindestens eine „besondere Herausforderung“, ggf. Rückgriff auf Wissen aus dem OGP-Networking Verfahren
    - Gemeinsame Erarbeitung und Vereinbarung von überzeugenden Zielen und Messkriterien zur Konkretisierung von Input, Output, Outcome und Impact
  - Schritt 5 (dauerhaft, halbjährlich oder jährlich)
    - Teilnahme an Konsultationen mit anderen teilnehmenden Ländern
    - Teilnahme an Konsultationen mit dem OGP Lenkungsausschuss zu den nationalen OGP-Maßnahmeplänen
  - Schritt 6 (dauerhaft, jährlich oder zweijährlich)
    - Öffentliche Zustimmung zur OGP-Grundsatzerklärung
    - Veröffentlichung des endgültigen nationalen Aktionsplans auf dem nationalen und auf dem internationalen OGP-Portal
  - Schritt 7 (dauerhaft, jährlich)
    - Gemeinsame Evaluation zur Erreichung der im Aktionsplan gesetzten Ziele durch alle Partner und Veröffentlichung einer Evaluation der erzielten Fortschritte nach 12-monatiger Umsetzung
    - Durchführung von quantitativen und qualitativen Befragungen durch externe Evaluatoren für einen Umsetzungsbericht
    - Kooperation mit Verfassern des unabhängigen Berichts
    - Veröffentlichung eines unabhängigen Evaluationsberichts zur Umsetzung
    - Begleitende Öffentlichkeitsarbeit

## Organisationsform

Für eine aktive Teilnahme an der Open Government Partnership ist es auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland erforderlich, eine Organisationsform zu finden, die kompatibel zu bestehenden Strukturen ist, Rechtssicherheit, Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit bietet und dennoch offen und inklusiv bleibt und die Beteiligung aller Interessensvertreter, insbesondere der Zivilgesellschaft, garantiert.

- **Vorstellbare Alternativen für Rechtsformen für eine “OGP Deutschland”**
  - **Lenkungsausschuss/Beirat/Beratendes Gremium (Forum)**
    - rechtlich unselbständiges Gremium in der Bundesverwaltung mit der Gefahr der jederzeitigen Beendigung der Tätigkeit und variabel handhabbarer Zusammensetzung der Teilnehmer
    - Angemessene zivilgesellschaftliche Beteiligung im Sinne der OGP-Vorgaben muss zur breiten Akzeptanz aber gewährleistet sein
  - **Arbeitskreis/Arbeitsgruppe/Kommission in der Verwaltung/IT-Planungsrat**
    - Übergangsphase bis zur Etablierung
    - zusätzlich auch Funktion einer koordinierenden Stelle zur Umsetzung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns (Open Government) in Deutschland vorstellbar (zur Professionalisierung der Organisationsstruktur mit einem schlanken Unterbau zur professionellen Umsetzung innerhalb der Verwaltung für Bund, Länder & Kommunen)
    - Aber: Rechtssicherheit in Finanz-, Haftungs- und sonstigen Fragen mit externen Verbindlichkeiten gewünscht, so schwer realisierbar
    - Unverbindlichkeit und keine finanziellen Mittel sicher verfügbar
  - **Eingetragener Verein**
    - Kurzfristiger pragmatischer Vorschlag in der Anfangsphase
    - Andockungsfähigkeit für eine Projektgruppe
    - Problem: Keine Verbindlichkeit für den öffentlichen Sektor
  - **Denkbare langfristige Institutionalisierung: Anstalt des öffentlichen Rechts**
    - Voraussetzung: Gemeinsamer Wunsch aller Beteiligten nach einer erfolgreichen Etablierung und Notwendigkeit der laufenden Begleitung sowie zum Ausbau als eigenständiges Kompetenzzentrum
    - Entscheidungszeitraum frühestens zwei Jahre nach der OGP-Teilnahme
    - Institutionalisierungsprozess erfordert vermutlich mind. 2 Jahre Vorlauf
    - Längere Verhandlungen über Finanzierung und Einfluss erforderlich
    - Langfristige Verbindlichkeit für den öffentlichen Sektor



- Elemente einer internen Organisationsstruktur einer “OGP Deutschland”
  - Projektbüro (als koordinierende Stelle)
  - Lenkungsausschuss als Beschluss- und Entscheidungsgremium
  - Facharbeitsgruppe “Nationale Open Data Infrastruktur”
  - Facharbeitsgruppe “Transparenz von Politik und Verwaltung”
  - Facharbeitsgruppe “Bürgerbeteiligung”
  - Facharbeitsgruppe “Rechenschaftslegung”
  - Facharbeitsgruppe “Korruptionsbekämpfung”
  - Einrichtung weiterer Facharbeitsgruppen bei Bedarf
  
- Tragfähige Governancestruktur im Lenkungsausschuss für eine OGP Deutschland (nach dem Vorbild der klassischen Selbstverwaltung in Deutschland und der Initiative “Transparente Zivilgesellschaft”)
  - Ehrenamtliche Mitgliedschaft durch Wahl/Entsendung von Vertretern bedingt eine ehrenamtliche Vergütung (inkl. Übernahme von Reisekosten), soweit dies von Vertretern für eine Mitwirkung als erforderlich betrachtet wird
  - Zusammensetzung des Lenkungsausschuss (Idealgröße: 12-20 Personen)
    - 50 Prozent Stimmengewicht:
      - Interessensvertretung für Politik und Verwaltung (denkbare Vorschläge)
        - Vertreter der Bundesverwaltung
        - Vertreter der Landesverwaltungen
        - Vertreter der Kommunalverwaltung/Spitzenverbände
        - Vertreter des IT-Planungsrats
        - Vertreter der Parteien und parteinahen Stiftungen
    - 50 Prozent Stimmengewicht:
      - Interessensvertretung für die Zivilgesellschaft (denkbare Vorschläge)
        - Vertreter der Zivilgesellschaft (Auswahl erforderlich)
          - Abgeordnetenwatch/Parlamentwatch e.V.
          - Bertelsmann Stiftung
          - Bund der Steuerzahler e.V.
          - Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
          - Digitale Gesellschaft e.V.
          - Germanwatch e.V.
          - Government 2.0 Netzwerk Deutschland e.V.
          - Internet & Gesellschaft Collaboratory e.V.
          - Open Data Network e.V.
          - Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
          - Stiftung Mitarbeit
          - Transparency International Deutschland e.V.
          - ...

- Vertreter der Wirtschaftsverbände (Auswahl erforderlich)
      - BDI
      - BITKOM
      - DIHK
      - Digitale Wirtschaft und Softwareentwickler
      - ...
    - Vertreter der Gewerkschaften und sonstiger Verbände
      - KGSt
      - Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
      - ...
    - Vertreter der Wissenschaft
      - Gesellschaft für Informatik e.V.,  
Fachgruppe Verwaltungsinformatik
      - Fachlich ausgewiesene  
Professoren und Forschungsinstitute  
(Verwaltungsinformatik, Wirtschaftsinformatik, Verwaltungswissenschaft, Politikwissenschaft, Recht, Kulturwissenschaft, Psychologie, Bildung ...)
      - ...
  - Regelung für die Wahl/Entsendung der Interessensvertreter in den Lenkungsausschuss (Feste Mitglieder, Dauer) noch erforderlich
    - Berücksichtigung des Bundesgremiengesetzes:  
Bundesweite Verteilung der Vertreter, Frauenanteil, Non-Digital
  - Vorsitz:
    - rotierender Wechsel für jeweils 6 Monate (Reihenfolge auslosen)
    - im Wechsel zwischen Politik/Verwaltung und Zivilgesellschaft
    - jeweils ein Interessensvertreter einer Gruppe als Vorsitzender
    - jeweils ein Interessensvertreter der anderen Gruppe als Stellvertretender Vorsitzender, nach 6 Monaten rotiert stellvertretender Vorsitzender in Funktion des Vorsitzenden
  - Entscheidungen nach Möglichkeit im Konsens herbeiführen
  - Erarbeitung & Beschluss einer eigenen Geschäftsordnung erforderlich
  - Vorbild: Selbstverwaltung in Rentenversicherung und Krankenkassen
  - Treffen: 2 bis 4 mal im Jahr
  - Ziele und Aufgaben
    - Befassung mit strategischen Fragen, Richtlinien und Partnerschaften
    - Beschluss des Nationalen Handlungsplans
    - Beschluss über die Vergabe von Budgets
    - Präsentation und Diskussion der Facharbeitsgruppenergebnisse
    - Präsentation und Diskussion der externen Evaluierungsergebnisse
    - Erstellung und Verabschiedung eines Jahresrechnungsbereichsberichts

- Beteiligte in den Facharbeitskreisgruppen
  - Partner (Stimmrechte/-modalitäten werden selbst festgelegt)
    - Vertreter der Verwaltung
    - Vertreter der Politik
    - Vertreter der Zivilgesellschaft (ehrenamtliches Engagement)
    - Vertreter der Wirtschaftsverbände
    - Vertreter der Gewerkschaften
    - Vertreter der Wissenschaft
  - Gäste (Sitzungsteilnehmer ohne Stimmrechte, Offene Sitzungen)
    - Verwaltungsmitarbeiter, Politiker, Vertreter der Zivilgesellschaft, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sowie der Wissenschaftler
  - Evaluatoren (nur in Phasen der Evaluation)
  - Wissenschaft (nur im Falle einer drittmittelfinanzierten Begleitforschung)
  - Treffen: 4 bis 12 mal im Jahr
  - Ziele und Aufgaben
    - Fachlicher Austausch zu den Themen der Facharbeitsgruppe
    - Primat zu inhaltlichen Fragen  
Zeitaufwand sollte sich auf inhaltliche Expertise beschränken
    - Agenda Setting zu den Themen der Facharbeitsgruppe
    - Umsetzung von Bund-Länder-Kommunen-Zivilgesellschaft-Projekten erfolgt durch die Verwaltung sowie zu beauftragende externe Partner
    - Regelmäßige Berichte an den Lenkungsausschuss

### Arbeitsergebnisse

Eine Teilnahme Deutschlands an der Open Government Partnership sollte zur Erstellung der folgenden Dokumente und Arbeitsergebnisse führen:

- Jährlicher Haushaltsentwurf und Stellenplan (falls Teil der Verwaltung)
- Jährlicher Nationaler Handlungsplan zur Umsetzung von Open Government
- Jährlicher Rechenschaftsbericht über Erfolge der Umsetzung in Deutschland
  - Repräsentative Umfrage zu Verbreitung und Akzeptanz
  - Fachlicher Schwerpunkt wird im Vorfeld festgelegt
  - zugleich Bericht an den IT-Planungsrat
- Jährlicher externer Evaluationsbericht zur Umsetzung in Deutschland
  - Externer Evaluationsbericht mit Meßkriterien für Zielerreichung
- Empfehlungsschriften zur Umsetzung von Open Government in Deutschland
  - Standardisierung und Verwendung von offenen Schnittstellen
- Durchführung von Konsultationen zu aktuellen Herausforderungen
- Symposien zur Open Government Partnership und ihren Themen
- Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus Begleitung und Evaluierung

## Appendix 3: Projektbüro & Finanzierung

### Projektbüro

Ein Projektbüro hätte die Funktion einer koordinierenden Stelle. Für dieses Aufgabenspektrum sollte mindestens eine Person vorgesehen sein, weitere personelle Unterstützung wäre wünschenswert. Das Projektbüro wäre mit den folgenden Aufgaben zu betrauen:

- Professionelle Koordination und Geschäftsführung
  - Anzahl und Vielfalt der Partner bedingt hohe Komplexität
  - Ansiedlung innerhalb vorhandener Büro- & Kommunikationsinfrastruktur
- Operative Organisation der internen Zusammenarbeit
  - Kanalisierung oder Erledigung von Anfragen
  - Zusammenarbeit: Gemeinsames Dokumentenmanagement
  - Einrichtung von Mailinglisten und virtuellen Projektarbeitsräumen
  - Organisation von Treffen: Fachgruppen und Lenkungsausschuss
    - Planung, Organisation und Einladung
    - Unterstützung während der Sitzungen
    - Protokollierung und Dokumentation
    - Verfolgung der Beschlüsse
  - Interne Kommunikationssteuerung
  - Projektmanagement (bei eigenen Projekten)
- Kompetenzzentrum (optional)
  - Wissenstransfer
  - Fortbildungsveranstaltungen
  - Symposium
- Ansprechpartner für Interne
  - Facharbeitsgruppen
  - Lenkungsausschuss
- Ansprechpartner für Externe
  - Koordination der Einbindung der Wissenschaft
    - Internationale Experten
    - Nationale Experten
  - Teilnahme an Konsultationen Dritter
  - Marketing: Kommunikationsstrategie und mehr  
Webbasiertes Portal/Website, Blog, Newsletter, Verteiler
  - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Pressemitteilungen, Publikationen, Literaturverzeichnis
  - Bundes- und Landesregierungen
  - Parteien und politische Stiftungen
  - Beauftragte für die Informationsfreiheit

- Internationale Anlaufstelle für weltweiten OGP-Verbund
  - Fachgruppenvernetzung
  - Lenkungsausschussvernetzung
- Nationale Anlaufstelle für Reisen in andere OGP-Länder
- Haushalt und Finanzen
  - Buchhaltung
  - Kontenverwaltung
  - Mittelverwendungsnachweise
  - Finanzberichte
  - Beauftragung an Dritte und Vertragsabschlüsse

### Finanzierung

Für eine angemessene Mitarbeit Deutschlands an der Open Government Partnership ist ein jährliches Budget unabdingbar. Jedoch sind 2013/14 keinerlei Haushaltsmittel des Bundes, der Länder oder der Kommunen für eine Teilnahme vorgesehen. Eine Entscheidung über eine Teilnahme muss von staatlicher Seite getroffen werden. Eine vollständige oder überwiegende Übernahme der Finanzierung durch die Wirtschaft oder die Zivilgesellschaft kommt aus verschiedenen Gründen der Einflussnahme nicht in Frage.

- Finanzbedarf für die Anfangsinvestitionen
  - Personalkapazitäten zur Einrichtung einer "OGP Deutschland"
  - Personal zur Erarbeitung von Konzepten und Nationaler Handlungsplan
- Jährlicher Finanzbedarf
  - Personalbedarf und Raumbedarf für eine "OGP Deutschland" mit einer koordinierenden Stelle als Ansprechpartner
  - Informationstechnologie (Server, Laptops, Web 2.0-Dienste, Telekommunikation)
  - Veranstaltungskosten: Arbeitsgruppentreffen, Treffen der Leitungsgremien, Symposien (Raum, Technik, Catering, Reisekosten, ggf. Aufwandsentschädigungen)
  - Fortschreibung oder Neuentwurf eines Handlungsplans
  - Kosten für die Umsetzung von eigenen Projekten
  - Evaluationskosten (Gutachter, Befragung, Evaluationsbericht)
  - Vermarktung der Ergebnisse: Veröffentlichungen, Messeauftritt
  - Schulungsbedarf
  - Reisekosten (z.B. zu halbjährlichen internationalen Treffen)
  - Öffentlichkeitsarbeit
- Konkrete Höhe des Finanzbedarfs zur Einrichtung ist noch zu erheben

- Denkbare Finanzierungsquellen
  - Bundesverwaltung (Haushalt, vermutlich Bundesministerium des Innern)
  - Landesverwaltungen (Haushalt, Landes CIO, Bürgerbeteiligung)
  - IT-Planungsrat (sobald er über eigene Haushaltsmittel verfügen würde)
  - Stiftungen des öffentlichen Rechts (Drittmittel)
  - EU-Mittel
  - Parteien und parteinahe Stiftungen (Eigenleistungen, Drittmittel)
  - Zivilgesellschaftliche Partner (Eigenleistungen, Drittmittel, Spenden)
  - Partner aus der Wirtschaft (Eigenleistungen, Drittmittel, Spenden)
  - Forschung und Wissenschaft (Eigenleistungen, Drittmittel)
  - Spenden von Bürgern
- Grundsätze sind in einer gemeinsamen Charta zu veröffentlichen
  - Drittmittel dürfen nicht an Auflagen/Einflussnahme gebunden werden
  - Unabhängigkeit von Geldgebern muss klar erkennbar sein
  - Maximale Transparenz muss für alle Finanzaspekte gelten
  - Drittmittel können für Einzelmaßnahmen eingeworben werden
  - Leistungen können auch als Sachsponsorings erbracht werden, falls die Vorgaben des Sponsorings im öffentlichen Dienst dies zulässt

## Appendix 4: Maßnahmen für den Herbst und Winter 2013

### Vorschläge für Maßnahmen für den Herbst und Winter 2013

Sollte mit Beginn der 18. Legislaturperiode im Herbst oder Winter 2013 ein Beitritt Deutschlands an der Open Government Partnership von Staat und Verwaltung anvisiert werden, so wären von den Verantwortlichen die folgenden Punkte zeitnah vorzubereiten.

- Gemeinsame Erarbeitung eines nationalen Handlungsplans 2014
  - Vorlage: <http://www.opengovpartnership.org/ogp-action-plan-template>
  - Entwurf 2012 vorliegend: Ideenpapier zu einem deutschen National Action Plan im Rahmen der Open Government Partnership, Berlin 2012.
  - Sammlung konkreter Vorschläge für Maßnahmen zum Aufbau einer “Nationalen Open Data Infrastruktur”
    - Umsetzung der G8 Open Data Charter und G8 Handlungsplan
    - Ausbau bestehender öffentlicher Open-Data-Angebote
    - Aufbau einer Nationalen Open Data Infrastruktur als Ziel
    - Einführung eines Metadatenstandards
    - Nachhaltiger Betrieb des Govdata.de-Datenkatalogsverbunds
    - Transparenz staatlichen Wissens durch Open-Data-Projekte
    - Veröffentlichungspflicht für Daten zur Verbesserung des Regierens
    - Veröffentlichungspflicht für Daten mit Innovationspotential
    - Veröffentlichungspflicht für Dokumente der öffentlichen Verwaltung
    - Gestaltende Rolle im Umgang mit Big Data im öffentlichen Sektor
  - Sammlung konkreter Vorschläge für Maßnahmen zu einem Mehr an “Transparenz von Politik und Verwaltung”
    - Politik und Verwaltung transparent und nachvollziehbar gestalten, um Bürger besser als bisher zu informieren und einzubeziehen
    - Internationale Vereinbarungen sind transparent und nachvollziehbar zu verhandeln und zu verabschieden
    - Parlamentarische Offenheit:  
Parlamente verbessern ihr Open-Data-Angebot
    - Verpflichtendes Lobbyregister beim Deutschen Bundestag
    - Veröffentlichung aller in Parlamenten beratener Dokumente
    - Veröffentlichung aller Gesetzesentwürfe und deren Zeitplanung
    - „Legislative Fußspur“ zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs
    - Einflussnahme auf politische Entscheidungen offenlegen
    - Nachvollziehbare Verfahren und Planungsschritte bei Bauvorhaben
    - Veröffentlichung aller Einnahmen und Ausgaben der Parteien (bei Sponsoring mit Herkunftsinformation wie bei Spenden)
    - Veröffentlichung der Ergebnisse von amtlichen Lebensmittel- und Hygienekontrollen

- Veröffentlichung von Messdaten und Informationen zur Umweltbelastung
- Veröffentlichung von allen Haushaltsdaten
  - Haushaltsplanungsdaten
  - Haushaltsbewirtschaftungsdaten
  - Belege und Haushaltsrechenschaftsdaten
- Veröffentlichung aller Forschungsergebnisse der öffentlichen Hand
- Freier Zugang zu den elektronischen Bildungsangeboten der öffentlichen Hand (Open Education Resources)
- Veröffentlichung aller Ausschreibungen der öffentlichen Hand
- Veröffentlichung aller Verträge der öffentlichen Hand (soweit sie über einem zu nennenden Schwellwert liegend)
- Mehr Transparenz zum Verbraucherschutz und für fairen Wettbewerb
  - Klare und verständliche Verbraucherinformationen
  - Gesundheitswesen und Pflegewesen
  - Transparenter Finanzsektor
  - Pflicht zu einfach verständliche AGB bei Datenschutz in elektronischen Anwendungen und Diensten
- Sammlung konkreter Vorschläge für Maßnahmen zu einer stärkeren “Bürgerbeteiligung”
  - Ausbau von Bürgerdialogen (auch über das Internet)
  - Ausbau von Bürgerkonsultationen (auch über das Internet)
  - Öffnung der Ministerien für mehr Bürgerbeteiligung
  - Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene
  - Maßnahmen für eine intensivere Zusammenarbeit
  - Stromtrassenplanung (und weitere Maßnahmeplanungen) im Zuge der Energiewende (siehe Vorlage aus Entwurf zum Nationalem Handlungsplan 2012)
  - Gemeinsame Sicherstellung der Breitbandversorgung in einer Region
- Sammlung konkreter Vorschläge für Maßnahmen zu einer Verbesserung der Rechenschaftspflicht
  - Formulierung von überprüfbaren politischen Zielen
  - Überprüfung der Einhaltung von Wahlversprechen der Politiker
  - Offenes Monitoring: Unabhängige Erfolgskontrollen von politischen Maßnahmen
  - Offene Evaluation: Leistungserbringung der Verwaltung überprüfen, vergleichen, bewerten und Empfehlungen aussprechen
- Sammlung konkreter Vorschläge für Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung in Politik/Verwaltung
  - Abgeordnetenbestechung unter Strafe stellen
  - Vollständige Einkünfteübersicht der Bundestagsabgeordneten inklusive Veröffentlichung aller Nebeneinkünfte der Politiker
  - Vollständige Einkünfteübersicht der Parteien



- Veröffentlichung aller Verträge der öffentlichen Hand
    - Karenzzeit nach hohen Ämtern/Mandaten
  - Sammlung konkreter Vorschläge für Meßkriterien
  - Konkrete Vorschläge zur offenen Überwachung der Umsetzung
- Gemeinsame Erarbeitung und Vereinbarung einer Kommunikationsstrategie (Stufe 0)
  - Wirtschaftliche Potenziale von OG und OGD durch Ökonom/in
  - Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch OG
  - Bürgerbeteiligung und Mitwirkung als positiver Wettbewerbsfaktor und zur Stärkung von Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement
  - Möglichkeiten der Zusammenarbeit
  - Nutzen und Mehrwerte konkret ausarbeiten (siehe nächster Absatz)
- Gemeinsame Erarbeitung von konkreten verständlichen Fallbeispielen, die den nicht-internetaffinen Wählern, Politikern und Verwaltungsmitarbeitern die Mehrwerte des offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns verdeutlichen
- Zusammenstellung und Vorstellung konkreter Mehrwerte eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns (Open Government)
  - Freie und offen zugängliche Verwaltungsdatenbestände: Weiterverwendung und Wiederverwertung von Daten, Informationen und Wissen des öffentlichen Sektors mit beachtlichen zukünftigen Wachstums- und Beschäftigungschancen
  - Transparenz: Meinungsbildungs-, Abwägungs- und Entscheidungsprozesse gestalten sich transparenter und nachvollziehbarer,
  - Teilhabe, Beteiligung und Formen flüssiger Demokratie: Bürger werden als aktive Mitglieder der Gesellschaft in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse stärker einbezogen. Fehler könnten schneller entdeckt werden. Mehr Kreativität fließt in die Lösungsfindung.
  - Informierte und effektive Beteiligung durch Bürger: Eine Verbesserung der Informationsgrundlagen und -zugänge eröffnet mehr Einblicke in die Arbeit von Staat und Verwaltung, woraus sich Gegebenheiten zur effektiven Beteiligung ergeben können
  - Zusammenarbeit, Crowdsourcing und Crowdfinancing: Neuartige Möglichkeiten der gegenseitigen Kooperation eröffnen neue Finanzierungsmöglichkeiten und Einsparpotenziale für den öffentlichen Sektor
  - Rechenschaftslegung: Öffentliche Nachvollziehbarkeit des Umgangs mit öffentlichen Mitteln und der Konsequenzen aus den gemachten Erfahrungen, Verantwortungsgefühl und Verbindlichkeit steigen

- **Korruptionsbekämpfung:**  
Bessere Möglichkeiten zur Überprüfung von Verwendungsnachweisen und Mittelflüssen, um Missbrauch und Verschwendung zu vermeiden
  - **Identifikationspotenzial für die gelebte Demokratie:**  
Identifikation mit dem Wert der Demokratie im Allgemeinen und dem politischen Gemeinwesen im Besonderen wird gestärkt.
  - **Stärkung von Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement:**  
Bürger engagieren sich, wenn eigenes Engagement für alle sichtbar und Ergebnisse für alle nutzbar werden
  - **Netzwerk:**  
Es werden Möglichkeiten zur Vernetzung und Rückkopplung geschaffen, die den Dialog zwischen den Interessengruppen verbessern und damit Katalysatoren für weitere gesellschaftlich erwünschte Kooperationen sind.
  - **Reichweite und thematische Vielfalt:**  
Das Internet ermöglicht eine weitreichende Beteiligung vieler Bürger, wodurch sich eine Vielzahl von Themen abdecken lassen.
  - **Innovationspotenzial und neuartige Fehlerkultur:**  
Impulse der Bürger und der Wirtschaft zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen werden Politik und Verwaltung leichter zugänglich.
  - **Legitimation:**  
Politische Entscheidungen werden besser legitimiert und haben höhere Chancen auf breite Akzeptanz.
  - **Bürgernähe:**  
Politik und Verwaltung gewinnen ein stärker nuanciertes Bild der Gesellschaft, Bürgerinteressen werden deutlich aufgezeigt.
  - **Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit:**  
Vorsprung durch die Entwicklung neuer Produkte und Dienste um "Open Government" und "Big Data" im Umfeld des öffentlichen Sektors insbesondere durch kleine und mittelständische Unternehmen
  - **Erhöhung der Attraktivität des Arbeitgebers "Öffentlicher Dienst"**
- **Abgrenzung zu Themen, in denen Öffnung & Transparenz kontraproduktiv wirkt, da ansonsten die Forderung nach "Offenheit" missverstanden werden könnte:**
    - **Open Government (POSITIV zu besetzen):**  
Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln  
Gewünschte Öffnung & Offenheit von Staat und Verwaltung für die Bürger  
Transparenz, Bürgerbeteiligung, Zusammenarbeit, Korruptionsbekämpfung
    - **Open Data (POSITIV zu besetzen)**  
Heterogene Datenbestände, offen  
Freier und offener Zugang zu (vernetzten) zugänglichen Datenbeständen  
Grundlage: Weiterverwendung, Weiterverwertung, Analyse, Visualisierung

- Big Data (POSITIV zu besetzen, aber kritisch zu reflektieren)  
Masse an heterogenen Datenbestände, teils offen und teils geschlossen, bietet Potentiale, aber auch Gefahren einer nutzerbezogenen Auswertung
- Big Open Open Government Data (POSITIV zu besetzen)  
Masse an heterogenen Datenbestände des öffentlichen Sektors, offen  
Freier und offener Zugang zu diesen Datenbeständen der Behörden
- Leaked Data (WikiLeaks: Published Closed Data)  
Von Dritten ausgewählte und bewusst veröffentlichte Datenbestände, die von der öffentlichen Verwaltung bewusst verschlossen wurden, jedoch von Whistleblowern weitergegeben wurden
- NSA, PRISM, Tempora & Co. (Unpublished Closed Data)  
Verschlossenes Handeln der Nachrichtendienste (Nicht-Offenheit)  
Unerwünschte Öffnung der Privatsphäre der Bürger durch den Staat  
Intransparente Sammlung und Analyse von personenbezogenen Daten zum Teil jenseits der Legalität und rechtlicher Zulässigkeit

## Appendix 5: Literatur & Der Arbeitskreis Open Government Partnership

### Verwendete Vorarbeiten und weiterführende Literatur

- Anke Domscheit-Berg: Open Government Partnership - Optionen für die Governance der zivilgesellschaftlichen Akteure, Opengov.me, Berlin 2011.
- Arbeitskreis Open Government Partnership: Informationspapier zur Open Government Partnership, Berlin 2012.
- Arbeitskreis Open Government Partnership: Ideenpapier zu einem deutschen National Action Plan im Rahmen der Open Government Partnership, Berlin 2012.
- Arbeitskreis Open Government Partnership: Open Government – Demokratie neu erleben - Ergebnisse und Analysen einer repräsentativen Befragung, Studie, Berlin 2012.
- G8: G8 Open Data Charter und Technical Annex, London 2013. Online: <https://www.gov.uk/government/publications/open-data-charter/g8-open-data-charter-and-technical-annex>
- Jörn von Lucke: [Open Government in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2013 - Wie steht es mit dem offenen Regierungs- und Verwaltungshandeln?](#), Zeppelin Universität, Friedrichshafen 2013.
- Maria Schröder und Christian Heise: [From OpenGovData to GovData: Why Germany needs the OGP \(and the OGP needs Germany\)](#), Open Government Partnership Website, 2013

Stand: 30.09.2013. Quellenangabe URL:

<http://opengovpartnership.de/dokumente/umsetzungskonzept-ogp-2013-2014/>

Koordination:

Jörn von Lucke, [joern.vonlucke@zu.de](mailto:joern.vonlucke@zu.de)

unter Mitarbeit von Daniel Dietrich, Ole Wintermann und Christian Heise;

<http://www.opengovpartnership.de>

Der **Arbeitskreis Open Government Deutschland** ist ein offener Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen und interessierten Einzelpersonen. In ihm vereinigen sich Experten zu allen wichtigen Themen von Open Government. Die Mitglieder des Arbeitskreises verbindet die gemeinsame Überzeugung, dass eine Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an der internationalen Initiative „Open Government Partnership“ langfristig einen Kulturwandel zu mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung und damit einen Abbau von Politikverdrossenheit zur Folge haben wird.

Der Arbeitskreis setzt sich aus Mitgliedern folgender Organisationen zusammen: Government 2.0 Netzwerk Deutschland e.V., Internet & Gesellschaft Collaboratory e.V., Gesellschaft für Informatik e.V., Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., Open Data Network e.V., Bertelsmann Stiftung, Stiftung Mitarbeit, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Initiative E-Demokratie.org